



<https://biz.li/44tz>

PATTENSER GRÜNE WOLLEN MEHR WINDENERGIE

Veröffentlicht am 19.07.2021 um 10:53 von Redaktion LeineBlitz

"Die aktuell vorgelegten Planungen für die Windenergiekonzentrationsflächen gefallen uns überhaupt nicht", so Uwe Hammerschmidt. Gegenüber den Planungen aus dem Frühjahr sollen die Flächen für die zukünftige Windenergienutzung um weitere 30 Prozent reduziert werden. Der damalige Plan sah eine Konzentrationszone mit mehr als 220 Hektar im Süden der Kernstadt vor. "Diesen Vorschlag haben wir damals befürwortet, haben aber gleichzeitig angemerkt, dass wir uns gewünscht hätten bestehende Flächen auch zukünftig für das sogenannte Repowering auszuweisen", sagt Hammerschmidt. Aufgrund von Einwänden der Bundeswehr, die ein größeres Areal als Tiefflugkorridor beansprucht, hat sich die Fläche auf 153 Hektar reduziert. Weitere Restriktionen führen dazu, dass sich die Fläche weiter verkleinert. "Es mag sein, dass die ausgewiesenen Flächen immer noch den Minimalforderungen des Landes entsprechen, uns ist dies aber zu wenig", ergänzt Hammerschmidt. Alle Parteien haben, zuletzt bei der Podiumsdiskussion in der Ernst-Reuter-Schule, die Nutzung erneuerbarer Energien bekräftigt. "Wir haben jetzt den Antrag gestellt, die etablierten Windenergiestandorte westlich und östlich der B3 bei Schulenburg auch zukünftig als Flächen für die Windenergienutzung auszuweisen. Wenn wir jetzt nicht die Flächen in den Plan bekommen besteht zeitnah keine weitere Möglichkeit mehr dies umzusetzen", erläutert Michael Dreves, Mitglied der Grünen im Bauausschuss, den Sachverhalt. Die avisierten Flächen werden bereits als Windenergiestandorte genutzt, sind etabliert. Auf diesen Standorten könnte durch ein geeignetes Repowering, Ersatz veralteter Anlage durch neuere leistungsstärkere Anlagen, die Anzahl der Anlage insgesamt reduziert werden. Beim Repowering werden in der Regel drei bestehende Anlagen durch eine neue Anlage ersetzt. "Dies ist natürlich vom Einzelfall und möglichen Restriktionen abhängig. Wir wollen mit diesen zusätzlichen Flächen in erneute öffentliche Auslegung gehen und hoffen, dass mögliche Einwände Betroffener nicht zum Ausschluss der Flächen führen", so Hammerschmidt.

